V-82 Die Würde verteidigen – den Frieden gewinnen!

Antragsteller*in: Robin Wagener (KV Lippe)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Die Würde verteidigen – den Frieden gewinnen!

„Freiheit wird nie geschenkt, immer nur gewonnen." (Heinrich Böll)

Europa steht am Anfang einer neuen Epoche. Einer Zeit, in der wir den Frieden entschlossen zurückgewinnen müssen – für ein wachsendes Europa, das die Würde der Menschen achtet und schützt. Ein Europa der Freiheit und des Rechts. Ein Europa frei von Krieg, Gewalt und Unterdrückung. Gegen dieses Europa richtet sich Putins Aggression.

Wir wollen den Frieden gewinnen, den Raum der Freiheit schützen und er weitern. Darum muss Russland mit seinem aggressiven, genozidalen und imperialistischen Versuch die Ukraine zu unterwerfen, scheitern. Es liegt daher im strategischen und sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands und der EU, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine entschlossen zu verteidigen und das Land in seinem demokratischen Aufbau, der Rechtsstaatlichkeit und seiner Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der euroatlantischen Integration zu unterstützen und zu stärken. Es braucht eine neue Strategie zum Umgang mit dem autoritären und aggressiven Russland von heute. Dazu gehört neben einer entschiedeneren Unterstützung der Ukraine die Kooperation mit all jenen Kräften, die sich glaubwürdig für ein demokratisches und friedliches Russland einsetzen. Ein Russland, das die universellen Rechte seiner Bürger*innen ebenso achtet wie die Souveränität seiner Nachbarstaaten.

Frieden gewinnen – glaubwürdig, nachhaltig, gerecht.

Russlands Überfall auf die Ukraine markiert den offenen Angriff auf die zivilisatorischen Errungenschaften unserer Friedensordnung – auf Menschenrechte, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Ein Angriff auf das friedliche Zusammenwachsen in Europa. Putins Russland zerstört als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nation gezielt die Institutionen unseres Friedens. Putin bricht mit den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki, den Grundsätzen der Charta von Paris, dem Gewaltverbot der UN-Charta. Diese Prinzipien sind Voraussetzung für unsere Sicherheit und wahren Frieden. Die Achtung der Menschenrechte, der staatlichen Souveränität und die Unverletzlichkeit von Grenzen bilden das Fundament einer glaubwürdigen Friedenspolitik – unserer Friedenspolitik. Krieg und Gewalt dürfen nicht zum Standard internationaler Politik werden.

Wir stehen für einen Friedensprozess, an dessen Ende ein wahrhafter Frieden stehen kann. Für uns ist Frieden keine Leerformel, kein plakativer Wahlkampfslogan. Unterwerfung und Fremdbestimmung stiften keinen Frieden, sondern stärken Willkür, Chauvinismus und Gewalt. Für uns ist Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist das Versprechen nach Sicherheit. Frieden schafft Raum für Freiheit und Wohlstand, für soziale und politische Teilhabe, für Selbstverwirklichung. Frieden schafft die Voraussetzungen für die

Durchsetzung politischer Rechte und rechtsstaatlicher Prinzipien, für Demokratie, für Dialog, für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und kulturelle Vielfalt. Für diesen Frieden kämpft die Ukraine, kämpfen wir gemeinsam, denn dieser Frieden gilt uns allen.

Die Ukraine verteidigt ihre Souveränität und territoriale Integrität ebenso wie die Hoffnung auf ein Leben in Würde und Freiheit. 2014 traf die ukrainische Gesellschaft die politische Grundsatzentscheidung für eine Zukunft in der Europäischen Union. Sie ist das Ergebnis der ukrainischen Revolution der Würde, der Freiheitsbewegung des Euromaidan in Kyjiw. Das Privileg einer Friedlichen Revolution wurde den Menschen verwehrt: Auf dem Maidan wurden hunderte Menschen durch das damalige autoritäre Regime erschossen oder verletzt. Zuvor hatten Millionen Menschen monatelang in der Hauptstadt Kyjiw gegen Kälte und staatliche Gewalt angekämpft, sind für Demokratie und Freiheit eingetreten. Ihre Forderungen folgen jenen, mit denen auch wir als Teil der ostdeutschen Friedens- und Freiheitsbewegung in den 1980er Jahren die DDR-Diktatur und weitere autoritären Regime in Europa überwunden haben.

Es ist der demokratischen Zivilgesellschaft des Euromaidan und ihren Errungenschaften zu verdanken, dass die Ukraine heute ein demokratischer und gefestigter Staat wird. Seit dem Euromaidan geht das Land trotz der russischen Aggressionen einen entschlossenen Reformkurs zur euroatlantischen Integration. Seither gewinnen die Menschen in den freien Gebieten der Ukraine an politischer und wirtschaftlicher Teilhabe. Reformen in den Bereichen Justiz, Korruptionsbekämpfung und zur Modernisierung des Staates müssen weiter gefestigt werden. Darin unterstützen wir sie als Freunde, Partner und Verbündete – denn der ukrainische Frieden ist unser Frieden. Putin wird in der Ukraine scheitern. Die Hoffnung auf ein Leben im Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts spendet den Ukrainer*innen Hoffnung, gibt ihnen die Kraft und den Willen, sich zu der russischen Gewalt zu widersetzen und das gesamte Land zu befreien. Dieser Wille kann nicht bezwungen werden.

Bedrohungen erkennen – entschlossener handeln.

Die ukrainischen Reformerfolge und der demokratische Wandel veranlassten Putin zum Überfall auf die Ukraine – 2014 im Donbas und auf der Krim, 2022 gegen das gesamte Land. Putin sieht sein autoritäres Herrschaftssystem durch den Fortschritt der Ukraine bedroht. Putin führt diesen Krieg, um das Wohlstands- und Erfolgsversprechen einer gelingenden EU-Integrationen zu verhindern. Kein anderes Land hat für seine Hinwendung zur EU einen höheren Preis zahlen müssen. Putin will die Ukraine für ihren Erfolg bestrafen, um auch den Russ*innen Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu nehmen. Russland braucht kein zusätzliches Land, Putin braucht die Gewalt des Krieges für seinen eigenen Machterhalt. Die gescheiterten Normandie-Verhandlungen und gebrochenen Minsk-Abkommen beweisen seinen mangelnden Willen für diplomatische Lösungen.

Der Kreml setzt strategisch auf die politische Ermüdung des Westens. Er kämpft einen Informationskrieg mit Lügen, Propaganda und Kreml-nahen Parteien und Bündnissen. Er schürt Hass und Hetze, um unsere freien Gesellschaften zu spalten und die Unterstützung für die Ukraine zu mindern. Der Verfassungsschutz warnt vor großangelegten Desinformationskampagnen, die gezielt kreml-nahe Propaganda verbreiten und vom russischen Terror in der Ukraine ablenken. Doch die Bilder aus der Ukraine lassen uns nicht kalt. Wir stumpfen nicht ab. Wir sehen, wie

groß das Trauma, der Schmerz, der Verlust ist. Wir sehen Yaroslav in Lwiw, der seine Frau und seine drei Töchter bei einem russischen Bombenangriff auf ihr Wohnhaus verloren hat. Wir sehen Svitlana in Kyjiw, die sich als Kinderärztin während des Luftalarms vergewissern wollte, dass sich alle Kinder der Intensivstation in den Bunkern befinden und dabei selbst durch einen russischen Marschflugkörper getötet wurde. Wir sehen Olha aus Jahidne, die von russischen Soldaten im Keller einer Schule wochenlang eingesperrt wurde. Mehrere der über 367 Dorfbewohner*innen starben, Tod und Verwesung auf engstem Raum mit kleinen Kindern. Wir sehen Karolina aus Mariupol, die ihr Baby ausgehungert und zwischen Schüssen russischer Soldaten auf einem Krankenhausflur zur Welt bringen musste. Es gibt unzählige dieser traurigen Geschichten. Sie sind uns Mahnung und Auftrag zugleich, denn sie geschehen jeden Tag. Sie sind Albtraum und bittere Realität. Die grausamen Bilder aus Butscha und Irpin sind nicht nur Zeugnis der Vergangenheit, sondern der Blick in die Gegenwart des russischen Besatzungsregimes, sie zeigen die Zukunft, sollte sich Putin durchsetzen. Die Kapitulation gegenüber Putin würde diesen Terror belohnen und zu immer neuen Gewalttaten ermutigen.

Wir verschließen nicht die Augen vor der Realität. Russlands Krieg hat schlimmste Folgen in der Ukraine und weit darüber hinaus. Zehntausende Soldat*innen und Zivilist*innen wurden getötet oder verletzt. Ein Fünftel des ukrainischen Staatsgebiets ist von russischen Truppen besetzt. Die Energieinfrastruktur wird nahezu täglich durch russische Drohnen und Raketen zerstört. Kälte und Dunkelheit, fehlendes Wasser führen zu immer neuen humanitären Krisen. Es wächst eine Generation heran, die durch die Traumata des Krieges geprägt sein wird. Russlands Krieg wirkt aber weit über die Grenzen der Ukraine hinaus: Enorme Preissteigerungen, Lebensmittelknappheiten durch russische Angriffe auf die ukrainische Landwirtschaft und Hafeninfrastruktur verursachen Hunger und Elend weltweit. Hohe Energiepreise und Inflation sind Kalkül und direkte Folge des russischen Angriffskrieges. Putin hat Armut und sozialen Spannungen weiter verschärft.

Daher werden wir nicht müde, wir bleiben entschlossen. Nichts bedroht den Frieden so sehr, wie die fehlende Bereitschaft, ihn entschlossen zu verteidigen. Wir wollen, dass unsere Freund*innen in der Ukraine endlich wieder ohne Angst schlafen und ein normales Leben führen können. Ein Leben in Frieden, ohne russischen Terror. Dafür unterstützen wir die Ukraine. Wir verteidigen, was zählt. Wir verteidigen ein Leben in Würde und Freiheit. Wir unterstützen die Ukraine bei der Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität, denn ukrainisches Territorium ist keine abstrakte Fläche, sondern der Ort an denen die Menschen frei von Angst, Verfolgung und Willkür in Würde und Freiheit leben können. Orte, in denen ihre Rechte geachtet und garantiert werden. Wir unterstützen die Ukraine in der Resilienz ihrer Gesellschaft gegen den alltäglichen und überall präsenten Schrecken der russischen Angriffe, mit intensiver humanitärer und wirtschaftlicher Hilfe und Zusammenarbeit.

Seit der russischen Vollinvasion stärkt Deutschland die Ukraine in ihrem Recht auf Selbstverteidigung. Als Bündnisgrüne stehen wir grundsätzlich für restriktive Rüstungspolitik und streiten dennoch für bestmögliche Unterstützung der Ukraine. Handlungsleitend für den Einsatz gelieferter Waffen muss das Völkerrecht uns seine Wahrung sein, nicht die Selbstabschreckung vor dem Kreml-Regime und seiner Propaganda. Die militärische Unterstützung der Ukraine hat massiv zur Verteidigung und Befreiung des Landes beitragen können. Dank ihr sind

heute weniger Ukrainer*innen dem russischen Terror der Vergewaltigung, Verschleppung, Folter und des Mordes ausgesetzt. Die ukrainischen Partner*innen haben bewiesen, dass sie beim Einsatz der gelieferten Waffen das humanitäre Völkerrecht wahren und getroffene Vereinbarungen erfüllen.

Die Ukraine muss in die Lage kommen, ihre Bevölkerungen bestmöglich vor den russischen Angriffen zu schützen. Deutschland muss aus seinen Fehlern lernen. Die Zögerlichkeit westlicher Waffenlieferungen hat die Verteidigungs- und Befreiungsbemühungen der ukrainischen Streitkräfte erschwert. Noch immer schränkt sie konsequenten Schutz der Bevölkerung des Landes ein. Deutschland kann und muss noch stärker zur Verteidigung der Ukraine beitragen – im Vertrauen auf und in enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern. Die Ukraine kann sich nur dann erfolgreich verteidigen, wenn sie militärisch in der Lage ist, weit hinter den Frontlinien Angriffe auf Ziele wie russische Munitionsdepots, Versorgungsrouten und Kommandoposten durchzuführen. Die Befreiung der ukrainischen Seewege für den lebensnotwenigen Getreideexport zeugen vom Erfolg des ukrainischen Militärs. Wir begrüßen daher die Lieferung europäischer und amerikanischer Marschflugkörper und bleiben überzeugt, dass auch Deutschland diese Fähigkeiten zur Verfügung stellen kann und sollte. Russische Waffen müssen zerstört werden können, bevor sie zum Einsatz gegen die Ukraine kommen und nicht erst im Anflug auf Wohn- und Krankenhäuser oder die Energieinfrastruktur.

Zu oft verstellt die militärische Debatte den Blick für die vielfältigen diplomatischen Bemühungen und Erfolge. Wir unterstützen die vielfältigen Friedensinitiativen der ukrainischen Regierung. Trotz massivster russischer Eskalationen beweist die Ukraine ihren Willen für diplomatische Lösungen: Resolutionen der Vereinten Nationen, Gefangenenaustausche, Transitrouten für Getreide-Exporte, die Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen oder die Friedensgipfel wären ohne massivstes diplomatisches Engagement unmöglich. Klar ist, wenn Russland die Zerstörung globaler Institutionen fortsetzt, gefährdet es den Frieden weltweit.

Russland investiert aktuell ein Drittel seiner Staatsausgaben in Krieg und Kriegswirtschaft. Knapp 7 Prozent des russischen Bruttoinlandsprodukts werden allein für militärische Zwecke genutzt. Russland mobilisiert fortwährend und baut immer neue Strukturen und Kampfeinheiten auf. Damit bereitet sich der Kreml nicht nur auch einen langen Krieg gegen die Ukraine vor, sondern überkompensiert die Verluste seines Angriffskriegs und baut strategische Reserven auf, die der Konfrontation mit weiteren Staaten dienen. Die russische Rüstungspolitik stellt vor dem Hintergrund der imperialen Logik und aggressiven Rhetorik eine ernstzunehmende Bedrohung für ganz Europa dar. Deutschland und seine Verbündeten sind daher gezwungen, dieser russischen Militarisierung der internationalen Beziehungen so zu begegnen, dass wir auch künftig politisch handlungs- und durchsetzungsfähig bleiben. Wir halten am Ideal unserer konventionellen und nuklearen Abrüstungspolitik fest, stellen uns aber nicht blind gegenüber der Bedrohung durch die aktuelle russische Regierung. Glaubwürdige Abrüstung setzt gegenseitiges Vertrauen voraus.

Schon heute geht Putins Aggression weit über die Grenzen der Ukraine hinaus: Cyberangriffe auf den Bundestag und kritische Infrastrukturen der EU, Lügen- und Destabilisierungskampagnen zur Unterstützung von Extremisten*innen, die unsere Freiheit von innen heraus zerstören sollen, politische Auftragsmorde in unseren Städten, andauernde Verletzungen unseres Luftraums, Sprengstoff- und

Brandanschläge gegen Schlüsselindustrien. Putin befindet sich längst im Krieg mit dem freien Europa – mit uns. Auch innerhalb Russlands festigt Putins Gewaltpolitik die eigenen Machtstrukturen. Politische Auftragsmorde an Journalisten und Oppositionellen wie Anna Politkowskaja, Boris Nemtzow oder Alexej Nawalny sind Zeugnis seiner massiven Repression nach innen, die den Krieg nach außer möglich machen. Der Tiergartenmord steht beispielhaft für die Blutspur des Kremls.

Die auf naiven Hoffnungen und Wunschvorstellungen beruhende politische Zurückhaltung gegenüber früheren Grenzverletzungen haben Putin aufgezeigt, dass er keine drastischen Konsequenzen fürchten muss. Er setzt seinen Kurs immer intensiver fort, gewaltsam die Normen der internationalen Politik zu verschieben. Der Kreml geht mit äußersten Repressionen gegen die eigene Gesellschaft vor und bleibt auf Konfrontationskurs mit dem Westen. Dieser Realität stellen wir uns.

Für eine Strategie der Zuversicht

Die Ukrainer*innen bestätigen uns den Wert unserer europäischen Errungenschaften. Daraus bestimmen wir die strategischen Ziele unserer Zeit. Es braucht daher jetzt eine neue entschlossenere Strategie, um Putin zu überwinden. Die erfolgreiche Integration der Ukraine in die Europäische Union und NATO bildet dafür unser strategisches Kernziel. Denn diese Mitgliedschaften garantieren der Ukraine Sicherheit und fördern somit den erfolgreichen Reformprozess, den die Gesellschaft anstrebt.

Bis heute hat Russland seine strategischen Kriegsziele verfehlt, trotzdem hält Putin daran fest, die Ukraine zu unterwerfen und die Konfrontation mit dem Westen zu suchen. Putins Ziel ist die Unterwerfung der Ukraine und die Zerstörung der europäischen Friedensordnung. Er hat sein Schicksal mit diesem Krieg verknüpft. Der Kreml setzt die langfristige Konfrontation mit steigenden menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Kosten, verbunden mit Eskalationsdrohungen. Dies soll die Entschlossenheit der Ukraine-Unterstützer untergraben. Sollte die Ukraine nicht vollständig besiegt und als Staat ausgelöscht werden, will Russland sie zwingen, russische Bedingungen für eine vorübergehende Entspannung des Konflikts zu akzeptieren. Dies würde Russland die Möglichkeit geben, seine Kräfte zu reorganisieren und sich auf eine weitere Phase des Krieges vorzubereiten.

Für uns ist klar: Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen, Putin muss scheitern. Russland muss Verantwortung für den Krieg und seine Kriegsverbrechen übernehmen. Für die friedliche Zukunft in Europa muss es dem Putin-Russland verneint werden, diesen Krieg fortzuführen und sein bestehendes diktatorisches Regime aufrechtzuerhalten. Es liegt in unserem strategischen Interesse, dass sich das Regime in Russland ändert. Kurzfristig muss daher die militärische und diplomatische Unterstützung der Ukraine weiter verstärkt werden. Wir setzen uns für die Verschärfung und verbesserte Wirksamkeit europäischer und internationaler Sanktionen gegen Russland ein, um die russische Kriegsfähigkeit zu schwächen und Ressourcen des russischen Staates für seine Kriegswirtschaft maximal zu beschneiden. Auch mittel- und langfristig setzen wir auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Maßnahmen, die Russlands militärischen Sieg verhindern, den ökonomischen Druck auf das Regime erhöhen, unsere eigene politische und militärische Handlungsfähigkeit durch klare Signale der

Entschlossenheit wahren und Verteidigung der westlichen Staaten und ihrer Partner garantieren.

Für strategischen Erfolg braucht es eine noch stärkere wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit engsten Partnern, den liberalen Demokratien. Es braucht ein öffentliches Verständnis und die breite gesellschaftliche Unterstützung zur Verteidigung unserer grundlegenden Prinzipien der regelbasierten Friedensordnung gegen die freiheitsfeindlichen Akteure unserer Zeit. Das bedeutet auch eine kohärente und intensive Kommunikation und eine ehrliche Debatte mit der eigenen Bevölkerung. Das verstehen wir als Herausforderung und Auftrag zugleich.

Wir stärken den Frieden weltweit. Während Russland bereit ist, Hunger gezielt als Waffe einzusetzen und zynisch mit steigenden Kosten für Nahrungsmittel, Energie und Transport Hunger- und Wirtschaftskrisen zu verschärfen, setzen wir auf universelle Rechte, starke Institutionen und auf respektvolle und verlässliche Partnerschaften mit den Ländern des Globalen Südens. Unser Engagement gilt einer partnerschaftlichen, feministischen, dekolonialen und nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit, die darauf abzielt, systemische Ungerechtigkeiten abzubauen. Wir arbeiten unser koloniales Erbe kritisch auf, statt den russischen Imperialismus zu relativieren und somit kolonialen Kontinuitäten zu folgen. Dem russischen Ziel einer global geltenden Herrschaft der Stärke und Gewalt setzen wir einen glaubwürdigen Multilateralismus mit echter Diplomatie und partnerschaftlicher Zusammenarbeit entgegen.

Russlands Imperialismus reicht weit über die Ukraine hinaus. Er bedroht ganz Osteuropa. Deutschland und die Europäische Union müssen daher noch stärker auf die demokratischen Kräfte und die lebendigen Zivilgesellschaften setzen und sie stärken.

Putin nutzt Belarus unter Diktator Lukaschenka als Aufmarschgebiet seiner Truppen und stationiert dort Atomwaffen, die gegen uns gerichtet sind. Wir sehen friedliebenden Menschen, die durch Terror und Gewalt marginalisiert werden sollen. Wir stehen fest an der Seite von Swetlana Tichanowskaja und den vielen mutigen Menschen, die sich unermüdlich für Frieden und Demokratie einsetzen. Die Freilassung der politischen Gefangenen und die Unterstützung der belarusischen Demokratiebewegung hat für uns höchste Priorität. Maria Kalesnikowa muss leben. Ales Bialiatski muss leben. Es darf kein weiterer politischer Gefangener in belarusischer Haft sterben. Auch die Republik Moldau und Georgien sind seit langem Ziel von militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Wir stehen entschlossen zur Souveränität und territorialen Integrität beider Länder. Wir werden die Republik Moldau und Georgien auf ihrem Weg in die EU bestmöglich unterstützen, gleichzeitig aber die dafür nötigen Reformen einfordern. Während die moldauische Präsidentin Maia Sandu ihr Land ambitioniert in Richtung EU steuert, vollzog die georgische Regierung einen autokratischen Kurswechsel. Klar ist: Solange in Georgien NGOs und LGBTQAI+ Menschen per Gesetz diskriminiert werden, kann es keine Fortschritte im EU-Beitrittsprozess des Landes geben.

Für uns steht fest: Russland hat die Chance auf eine bessere Zukunft. Es kann sich in eine friedliche parlamentarische Demokratie wandeln, eine wahre Föderation. Wir stehen daher an der Seite der tausenden russischen politischen Gefangenen, die gegen den Krieg aufbegehren. Ihr Wunsch nach Frieden ist kein

Verbrechen. Wir reichen denjenigen Russ*innen die Hand, die sich glaubwürdig für ein Ende des Krieges engagieren. Wir bieten eine Heimat für all jene, die sich für eine demokratische, freie und friedliche Zukunft Russlands engagieren.

Wir sind zuversichtlich. Die Entwicklungen seit 1945 beweisen, dass die Achtung der Würde und Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit den wahren Frieden stiften. Wir stehen dafür, diese Werte – zugleich unsere wichtigsten Interessen – entschlossen zu verteidigen. Um wahrhaften Frieden zu gewinnen.

weitere Antragsteller*innen

Jan Philipp Albrecht (KV Kiel); Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr); Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha); Chantal Kopf (KV Freiburg); Jamila Schäfer (KV München); Viola von Cramon (KV Göttingen); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Sara Nanni (KV Düsseldorf); Anton Hofreiter (KV München-Land); Britta Jacob (KV Dachau); Philip Krämer (KV Darmstadt); Stephan Bischoff (KV Magdeburg); Lukas Benner (KV Aachen); Helge Limburg (KV Holzminden); Maria Anna Tillmann (KV Hochsauerland); Julia Woller (KV Köln); Peter Heilrath (KV München); sowie 87 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.